

Wie die Treuhand die DDR verkaufte (2): Eigentlich sollte sie das DDR-Vermögen an die Bürger verteilen. Doch die Treuhand gab keine Volksaktien aus, sondern machte Abermilliarden Mark Schulden. Im letzten Teil werden Pleiten, Pannen und Zwänge der Privatisierung von Ex-Kombinaten geschildert. Von *Michael Jürgs*

Ein Land im Sonderangebot



Demonstration der Kali-Kumpel gegen Betriebsstilllegung in Bischofferode (1993): „Geben Sie Ihren entsetzlichen Job auf, der Millionen

Auf seinem Bett neben dem leeren Koffer hat Detlev Karsten Rohwedder ausgebreitet, was er von Düsseldorf nach Berlin mitnehmen will, Akten hauptsächlich, aber auch Hemden und Wäsche. Der Chef der Treuhandanstalt in Berlin muß noch packen, ist aber selbst schon fertig für die Nacht, trägt wie üblich ein langes weißes Nachthemd.

© List Verlag, München-Leipzig 1997. Der ungekürzte Text von Michael Jürgs erscheint am 17. Februar als Buch unter dem Titel „Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften“. 480 Seiten; 44 Mark.

Über den Flur im ersten Stock seines Backsteinhauses geht er in das Arbeitszimmer. Vielleicht will er in der Schreibtischlampe eine defekte Glühbirne austauschen, vielleicht will er sich noch ein paar Notizen machen für die Vorstandssitzung am kommenden Mittwoch. Man wird es nie erfahren.

Im Arbeitsraum schaltet Rohwedder die Deckenlampe an. Der Schütze, der in den Schrebergärten gegenüber lauert, kann die Silhouette seines Opfers durch die Fensterscheibe wie auf einem Präsentierteller sehen. Er drückt ab. Schon der erste Schuß,

der Rohwedder 30 Minuten vor Mitternacht an diesem Ostermontag in den Rücken trifft, ist tödlich. Die Wirbelsäule ist durchtrennt.

Der Präsident der Treuhandanstalt war für ein paar Monate, zwischen dem 20. August 1990, als er Reiner Maria Gohlke ablöste, und dem 1. April 1991, seinem Todestag, einer der mächtigsten Männer in Deutschland. Falls Macht gleichbedeutend ist mit Einfluß, sogar der zweitmächtigste nach dem Bundeskanzler.

Ohne das Kopfnicken Rohwedders, den nur seine Freunde Daffi nennen durften

und nun wirklich keiner Detlev Karsten, ging damals nichts im ehemaligen Reich der Kombinate. Der zunächst nur für ein halbes Jahr beurlaubte Vorstandsvorsitzende des Stahlkonzerns Hoesch hatte als Chef von immer noch fast 8000 Betrieben im Osten soviel zu sagen wie einst der rote Pate Günter Mittag, und selbst im Westen hatte er mehr zu melden als viele Minister.

Was auch immer der oberste Treuhändler zum Umbau der Wirtschaft drüben verlangte, wurde in Bonn bewilligt. Möglichst schnelle Angleichung des Lebensstandards an das Westniveau war eines der Wahlversprechen, mit dem die konservative Koali-



in die Arbeitslosigkeit zwingt“

tion um die neuen Wähler warb, und dafür war anfangs nichts zu teuer.

Drüben, im Land seiner Kindheit, denn Rohwedder wurde im thüringischen Gotha geboren, war der Westmanager anfangs die große Hoffnung. Doch kurz vor seinem Tod, als es für viele Ostdeutsche nur noch wenig Hoffnung zu geben schien, galt er bei diesen als Verräter.

So brannte am Karfreitag eine Treuhand-Dependance am Prenzlauer Berg in Ost-Berlin. Im Bekenntnisschreiben einer Gruppe Thomas Münzer wird Rohwedder als einer der Hauptverantwortlichen für

die Misere genannt. Die Treuhandanstalt als Watschenmann der Politik und ihr höchster Repräsentant erst recht ein Sündenbock.

Keiner von den vorgeblichen harten Jungs aus den höheren Etagen im Westen hatte mit Rohwedder um diesen Treuhand-Posten konkurriert. Wer schon wollte diese „Aufgabe von furchterregender Dimension“ (Rohwedder) übernehmen?

Daß die Treuhand-Präsidenschaft ein Schleudersitz war, hatten die anderen Nadelstreifen-Träger erleben können, als Rohwedders Vorgänger Reiner Maria Gohlke scheiterte. Daß man beim Umbau Deutschlands allerdings nicht nur abstürzen, also den Managertod erleiden, sondern richtig sterben könnte, haben sie natürlich nicht geahnt.

Wer hat Detlev Rohwedder erschossen? Der Todesschütze aus der Osternacht ist bis heute nicht gefunden, aber die Spezialisten des Bundeskriminalamtes wissen über ihn so viel, als hätten sie ihn bereits verhört. Sie haben Geduld. Irgendwann werden sie ihn verhaften, da sind sie sicher. Irgendwann werden alle Indizien, die sie gesammelt haben, den Schützen überführen.

Daß Rohwedders Mörder zur Roten Armee Fraktion (RAF) gehören, geht aus dem Bekenntnisschreiben mit dem rotgezackten Stern hervor, das sie hinterließen:

„Wir haben am 1. April 1991 mit dem Kommando Ulrich Wessel (beim Attentat auf die deutsche Botschaft in Stockholm 1975 umgekommener RAF-Terrorist, Anmerkung des Verfassers) den Chef der Berliner Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder erschossen.“

Die Echtheit des Bekenntnisses steht außer Zweifel. Druckstockuntersuchungen des verwendeten Papiers, die mit denen nach dem Bombenanschlag auf Bankier Alfred Herrhausen verglichen wurden, sind eindeutig.

Der Mord an ihrem Mann hat für Rohwedders Frau Hergard bereits ein paar Monate vor dessen Tod stattgefunden. Mit Rufmord. Zunächst in den Zeitungen und bei Protesten: „Knochenhand des Sensenmannes“ heißt es da oder „Jobkiller“. Plakate und brennende Puppen werden getragen, die Rohwedder darstellen sollen.

IG-Metall-Chef Franz Steinkühler spricht vom „Schlachthaus“ Treuhand und denkt sich nichts dabei. Es gibt wieder Montagsdemonstrationen, als gelte es, erneut ein Regime alter Männer zu stürzen. Diesmal zieht das Volk für die Rettung seiner Arbeitsplätze auf die Straßen, und stürzen will es das Regime der Treuhändler.

Die sind an allem schuld, wie man überall lesen und hören kann. Sie sind die unfähigen Ärzte, die den Patienten DDR nicht auf die Beine kriegen, sondern zu Tode spritzen. Am meisten Kritik kommt ausgerechnet von den alten Einheitssozialisten, die ihren Staat 40 Jahre lang heruntergewirtschaftet hatten.

Proteste der betroffenen Bevölkerung habe ihr Mann noch verhältnismäßig ruhig hingenommen, sozusagen als zwangsläufige Mitgift seines Jobs, erzählt Hergard Rohwedder. Es sei im Osten halt vieles wie einst im Wilden Westen, war seine Erklärung. Mit seiner typischen Ironie behauptete er: Wer uns kennenlernt, gewinnt uns richtig lieb.

In ihrem Wahn glaubt die RAF, mit den Schüssen vom Rhein den Richtigen und damit die Stimmung des Volkes drüben getroffen zu haben. Die selbsternannten Rächer der Enterbten bleiben nach diesem Mord erst recht nur eine versprengte Bande von Desperados. Sympathisanten ha-



Treuhand-Chefs Breuel, Rohwedder (1991)
Gefährlichster Posten in der Wirtschaft



Abtransport des Rohwedder-Leichnams*
Dem Todesschuß ging der Rufmord voraus

ben die Terroristen allenfalls unter den Stasi-Bütteln, ihren Brüdern im Geiste. Mit denen will auch keiner was zu tun haben.

Bei seinem Amtsantritt war sich Rohwedder darüber im klaren gewesen, daß es nach Gohlkes schnellem Abgang mit der Treuhandanstalt wieder bei Null losging. Viel Zeit war verloren worden, aber darüber zu jammern hilft nicht.

Rohwedder weiß, daß er wie Gohlke untergehen wird, wenn er alles an sich reißt,

* Am 2. April 1991 in Düsseldorf.

wenn er sich nicht auf tüchtige Helfer stützen kann. „Ich verstehe mich als Kapitän auf einem Schiff“, beschreibt er seinen Führungsstil, „das von vielen kräftigen Männern gesteuert wird, und nicht als derjenige, der im Unterdeck selbst die Kohlen in den Ofen schaufelt.“ Doch Kapitän Rohwedder heuert nicht nur Männer an. Als seine wichtigste Stütze im Vorstand sieht er Birgit Breuel an, die frühere CDU-Wirtschaftsministerin von Niedersachsen. Wegen ihres streitbaren Einsatzes für eine möglichst pure Marktwirtschaft werden manche später sagen, sie sei der einzige Mann in der Treuhandanstalt.

Kurz vor Rohwedders Tod hat die Berliner Anstalt 2141 Planstellen besetzt, davon 1781 mit Ostdeutschen. Die dürfen meist nur in den unteren Rängen mitarbeiten. Bis Mitte 1992 wird die Zahl der Treuhändler sogar auf fast 4000 steigen.

Als stärkste Bremse eines Aufschwungs Ost sehen Rohwedder und alle anderen Fachleute jene Bestimmung im Einigungsvertrag an, derzufolge bei Immobilien Rückgabe an die Alteigentümer vor Entschädigung steht. Bei 1,2 Millionen Anträgen auf Rückgabe von 1,5 Millionen Objekten im Frühjahr 1991 ersticken die Ämter in Papierkram, während sinnvolle Aufbauarbeit notgedrungen unterbleibt.

Das ärgert jene Investoren, deren Pläne wegen langwieriger Prüfungen von Eigentumsansprüchen nicht rasch genug realisiert werden können und oft völlig scheitern. Wütend beklagen sie sich dann über die Treuhändler – und natürlich am liebsten über den Mann an der Spitze, der nie Zeit für sie hat. „Soll ich mich denn um jeden VEB-Frisör kümmern?“ schießt Rohwedder in solchen Fällen zurück. Das wiederum stärkt seinen Ruf, arrogant zu sein.

Ein bißchen Abhilfe bei den Abläufen bringt das sogenannte Hemmnisbeseitigungsgesetz, was nach schrecklichen Pa-

ragraphen in grauenvollem Amtsdeutsch klingt, aber Fortschritt bringt. Das Gesetz, das der Bundestag in Rekordzeit verabschiedet, legt nämlich fest, daß die Treuhandanstalt über den Kopf des Alteigentümers hinweg an einen Interessenten verkaufen darf, falls der das bessere Konzept hinsichtlich Investitionen und Arbeitsplätzen vorlegt.

Etliche Interessenten aber fallen wie die Raubritter in die neuen Länder ein. „Hier wird mit härtesten Bandagen gefochten“, beobachtet Rohwedder. „Hier wird, was die Treuhandanstalt und die Verwirklichung kommerzieller Interessen angeht, nun aber auch wirklich jede Scham beiseite gelegt. Manche Leute nehmen sich gegenüber der Treuhandanstalt Unverschämtheiten heraus, die in Westdeutschland schlechthin unmöglich wären.“

Den neuen Herren der Interhotels, den Steigenbergers, verdirbt Rohwedder das Geschäft, weil er schlichtweg nicht bereit ist, eine oder gar zwei Milliarden Mark des „uns anvertrauten Vermögens einfach durch die Finger gleiten zu lassen“. Dem Deal der Herbergsväter Ost und West, stellt er fest, haftet „eine gewisse Zwieltlichkeit und Anrüchigkeit an“. Es wird neu verhandelt, nicht wie bisher mit langfristigen Pachtverträgen, die der Treuhandanstalt nichts bringen, sondern die Hotels stehen nun zum Verkauf. Die mit der Suche nach Käufern beauftragten Investmentbanker von S.G. Warburg in London verschaffen der Treuhand später Einnahmen in Höhe von 2,6 Milliarden Mark.

Wenn er die Interessen seiner Anstalt verletzt sieht, reagiert Rohwedder knallhart. So brüllen sich der Treuhand-Präsident und der damalige Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau, beide SPD-Mitglieder, derart an, daß im Vorzimmer das Geschirr klappert.

„Hier wird nun aber auch wirklich jede Scham gegenüber der Treuhandanstalt beiseite gelegt“

Es geht um den geplanten Verkauf von Interflug, dem ehemaligen DDR-Staatsflieger, der pro Tag etwa eine Million Mark Verlust macht. Gegen den Einstieg der Lufthansa ist das Kartellamt, gegen den von British Airways das Verkehrsministerium.

Die Firma endet dann als Pleitevogel in der Gesamtvollstreckung, weil die Bewerber abspringen, als sie erfahren, daß die Immobilien der Interflug im geschätzten Wert von 1,2 Milliarden Mark nicht zum Deal gehören.

Rohwedder wird nur selten laut. Er muß nicht brüllen, wenn er sich durchsetzen will. Vorstandskollegen, die seinen Ansprüchen nicht genügen, läßt er auf subtilere Weise spüren, was er von ihnen hält.

Der frühere Grundig-Manager Alexander Koch beispielsweise, zwei Jahre lang im Vorstand zuständig für Personal, ist Rohwedder schon nach der Vorstellung vor dem Verwaltungsrat nicht der liebste. Koch zählt zunächst die Stationen seiner Karriere auf, lehnt sich dann zurück, und alle denken, nun sei er fertig. Doch dann erwähnt Koch mit Nachdruck, daß er seit zwölf Jahren Mitglied der CDU ist.

Aha! Stand eigentlich nicht im Anforderungsprofil und in der Jobbeschreibung. Über so etwas spricht man eigentlich nicht bei der Vorstellung.

Mangels anderer geeigneter Bewerber erhält Koch dennoch den Treuhand-Job, hat fortan aber die Sticheleien des Präsidenten zu ertragen. Während einer Vorstandssitzung bringen plötzlich zwei Mädchen Tablett mit Rotkäppchen-Sekt herein. Was ist denn jetzt los, wundert sich die Runde. Ganz einfach, sagt der Präsident und nimmt sich ein Glas, wir wollen feiern, daß unser Kollege Koch seinen Doktor erworben hat.

Der wird rot, während die anderen über die Doppeldeutigkeit des Wörtchens „erworben“ grinsen. Denn auch sie haben gelesen, daß Koch an der Ost-Berliner Humboldt-Universität drei Tage vor dem gesetzlichen Ende des DDR-Promotionsrechts seinen Doktor gemacht hat. Die Vorstände wissen außerdem, daß Koch seinen Doktorvater mit einem Honorar zwischen 20 000 und 25 000 Mark als Berater für die Treuhandanstalt engagiert hat.

Das einzige große Werk, das die Treuhand schon 1990 dichtmacht, galt bis zur Wende als ein Juwel der DDR-Wirtschaft. Der Kamerahersteller Pentacon in Dresden fand für seine Spiegelreflexkameras Marke „Praktika“ in der DDR und im übrigen Ostblock genügend Käufer, solange die Grenzen zum Westen dicht waren und der Comecon-Binnenhandel blühte.

Nun aber sind die Chancen, auf dem Weltmarkt, zum Beispiel gegen die Japaner und ihre billigen Wunderkameras, zu bestehen angesichts hoher Produktionskosten und aufgrund mangelhafter technischer Ausrüstung für Pentacon gleich Null.



W. KUNZ / BILDBERG

Einstellung der Trabant-Produktion in Zwickau (1991): Brief vom Bischof



Fertigung beim Kamera-Hersteller Pentacon in Dresden (1990): Bis zur Wende war das Werk ein Juwel in der DDR-Wirtschaft

Den Zuschußbedarf für das Unternehmen schätzen Gutachter auf etwa hundert Millionen Mark pro Jahr. So beschließt der Treuhand-Vorstand am 2. Oktober 1990 die stille Liquidation von Pentacon. Der Zeitpunkt ist mit Bedacht gewählt. Im Trubel der Einheitsfeiern soll die Meldung über den Firmentod untergehen.

Weil sich Einheitskanzler Kohl seine Chancen bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember nicht durch Horrormeldungen aus dem Osten kaputt machen lassen will, werden alle anderen todkranken Großbetriebe zunächst am Treuhand-Tropf belassen. Doch in einem Schreiben vom November macht Rohwedder allen Chefs der in Treuhand-Eigentum befindlichen Firmen klar, daß dies keine Dauerlösung sein wird:

Es kann und darf nicht die Erwartung geben, ehemals Volkseigene Betriebe könnten in der Obhut der Treuhandanstalt und eines öffentlichen Eigentümers auf Dauer bleiben. Denn die Treuhandanstalt ist von ihrer Anlage her kein öffentlicher Eigentümer auf Dauer, sondern nur ein Treuhänder in einer Übergangszeit, die möglichst kurz bemessen sein muß. Es gibt nur die eine Zielgröße und die heißt: Überführen der Unternehmen in privates Eigentum.

Und ein Unternehmen, das zu marode ist, muß halt „abgewickelt“ werden, wie das Liquidieren bei der Treuhand heißt.

Schon anderthalb Monate nach dem glanzvollen Wahlsieg Kohls mahnt Finanzstaatssekretär Horst Köhler bei einem Treffen des Treuhand-Präsidialausschusses in Köln, daß in der ehemaligen DDR-Industrie „auch mal gestorben“ werden müsse. Und die Todesfälle gibt es dann auch sehr bald: Die Autofabriken, in denen Trabant und Wartburg hergestellt wurden, müssen schließen. Die Interflug geht zu Bruch.

Das nagt natürlich am Selbstbewußtsein der Ostdeutschen und schürt die Angst vor weiteren Pleiten. Aber betriebswirtschaftlich gibt es keine Wahl. Die bisherige Kundschaft ist selbstverständlich nicht bereit, weiterhin Ostautos zu kaufen, um die Werke in Eisenach und Zwickau zu retten.

Rohwedder kann dem thüringischen Landesbischof, der ihm in Sorge um die Menschen und deren Arbeitsplätze einen Brief schreibt, nur versprechen, daß er mit der Ankündigung des Endes von Wartburg so lange warten wird, bis er die Ansiedlung von Opel unter Dach und Fach hat. Obwohl er weiß, wie unmöglich es ist, daß aus den „Ruinen gleich grünes Gras wächst“, will der Treuhand-Chef Hoffnung verbreiten und nicht nur Angst.

Die Stimmung ist ohnehin schon hochexplosiv, und auch die gemeinsame Erklärung von Bund, neuen Ländern und Treuhandanstalt zum „Aufschwung Ost“ Mitte März hätte niemanden mehr beruhigt.

Doch die Ermordung ihres Präsidenten nimmt im wahrsten Sinn des Wortes die

Treuhandanstalt erst einmal aus der Schußlinie. Nach dem Attentat auf Rohwedder gibt es zwar noch eine Großdemonstration gegen den strammen Privatisierungskurs der Treuhand, aber die Protestveranstaltung endet mit einer Gedenkminute für den toten Präsidenten.

Danach herrscht für einige Zeit Ruhe im Land, denn der Schock sitzt tief. Selbst die schärfsten Kritiker der Treuhändler sind verstummt, weil sie ein schlechtes Gewissen haben, so auf Rohwedder eingepügelt zu haben.

Wer nach Rohwedders Tod an die Spitze der Treuhand rücken soll, steht für Kohl und Finanzminister Theo Waigel fest: Unter den Treuhändlern hat allein Birgit Breuel, die einzige Frau im Vorstand, die Statur, Nachfolger des ermordeten Präsidenten zu werden.

Und die CDU-Politikerin muß nicht lange überredet werden, als sie gefragt wird, ob sie den politisch wie physisch gefährlichsten Posten in der deutschen Wirtschaft übernehmen will. „Ich hatte einfach den Wunsch, die begonnene Aufgabe zu erfüllen“, begründet sie rückblickend ihre damalige Zusage.

Berufen wird die 53jährige am 13. April 1991, drei Tage nach der Trauerfeier für Rohwedder im Berliner Schauspielhaus. Breuels Stellvertreter wird Hero Brahm, ein ehemaliger Rohwedder-Kollege im Hoesch-Vorstand, der das mitbringt, was der neuen Präsidentin fehlt: Industrie-

erfahrung. Die Mischung macht's. Zusammen werden die politerfahrene Präsidentin und der in der Industrie bewanderte Vize stark sein. Kaufhof-Chef Jens Odewald, der Verwaltungsratsvorsitzende der Treuhand, hält das Führungsduo sogar für unschlagbar.

Wie ihr Vorgänger Rohwedder steckt auch die wehrhafte neue Präsidentin selbst weit überzogene Kritik an ihrer Arbeit weg, ohne zurückzukeilen, wenn die Attacken aus dem Osten kommen. Breuel beteuert: „Daß die Ostdeutschen uns gegenüber eine große Distanz haben, die von Abneigung in manchen Fällen bis zum blanken Haß geht, habe ich noch nie einem Ostdeutschen übelgenommen. Dies ist etwas, was ich einfach akzeptiere und womit ich auch leben muß, so schwer das fällt. Wenn die Westdeutschen über uns herfallen, dann reagiere ich etwas allergischer.“

Als die Berliner Schauspielerin Käthe Reichel beim Hungerstreik der Kali-Kumpel von Bischofferode einen offenen Brief an die oberste Treuhänderin richtet und sie publikumswirksam auffordert: „Geben Sie Ihren entsetzlichen Job auf, der Millionen in die Unfreiheit, in die Arbeitslosigkeit zwingt“, reagiert die nicht wie erwartet mit einem publizistischen Gegen-schlag. Breuel antwortet der Kritikerin ohne die übliche Arroganz der Macht: „Wir lernen, wir machen Fehler, wir entscheiden, wir tragen Verantwortung. Wir sind Menschen wie Sie.“

Bis Ende Juli 1991, also dreieinhalb Monate nach dem Amtsantritt Breuels, sind 2986 Firmen für etwa 12 Milliarden Mark verkauft. Doch das Verzeichnis der Unternehmen und Immobilien, die noch loszuschlagen sind, hat 600 Seiten. 5 Milliarden

Mark hat die Anstalt bereits für Sozialpläne ausgegeben, 32 Milliarden Mark Liquiditätshilfen in ihr sieches Firmenreich gepumpt.

Eine Million Arbeitslose in Ostdeutschland vermeldet die offizielle Statistik, aber keiner glaubt, daß es dabei bleiben wird. In besonders gebeutelten Bran-

chen wie der Textilindustrie, der Feinmechanik und Elektrotechnik hat von den ehemaligen Beschäftigten nur jeder dritte einen Job.

Alle Beschwichtigungen, bald werde es besser sein und jetzt zeige sich halt, wie schlimm die Planwirtschaft gewesen sei, nützen nichts. Jede Erklärung der Präsidentin, nun wirklich alles Denkbare zu tun, ist ehrenwert und einleuchtend, aber ändert nichts an der tristen Wirklichkeit.

Frau Breuel hat ja recht, daß es nichts gebracht hätte, dem Staat das Eigentum an den Unternehmen zu lassen, bis es wieder richtig läuft. Man hätte dann wohl bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag am Umbau der Wirtschaft gewerkelt.

Aber will das noch jemand hören angesichts der Tatsache, daß durch rigide Privatisierung genauso wenig wie zuvor blüht in der Landschaft Ost?

Nur Privatunternehmer, lautet das Credo der reinen Lehre, besitzen die Kreativität und haben vor allem das Engagement, die Wirtschaft in der ehemaligen DDR voranzubringen. In knapper Breuelscher Prosa: Privatisierung ist immer noch die beste Sanierung.

Hartnäckig kämpft die Präsidentin gegen all jene an, die nach einem Mittelweg suchen, die sanieren und dann erst privatisieren wollen, wenn es nicht andersherum zu machen ist. Vor allem die Politiker in den neuen Ländern, die Gewerkschafter

und unorthodoxe Wirtschaftswissenschaftler wie der Bremer Rudolf Hickel fordern, nicht alles stillzulegen, was unverkäuflich ist, sondern zu reparieren, was sonst nur auf dem Schrottplatz enden würde. „Breuel war härter und kälter als Rohwedder und zog das Programm durch, bis sie dann doch auf die Realität hat reagieren müssen“, schildert Hickel den damaligen Breuel-Kurs.

Realität sind rasend schnell wachsende Arbeitslosenzahlen, so daß sich die Treuhand-Chefin schließlich bereiterklärt, unter dem Dach sogenannter Management Kommanditgesellschaften (MKG) solche Unternehmen durchzupäppeln, die mit viel Geduld und noch mehr Geld vielleicht

„Breuel war härter und kälter als Rohwedder und zog das Programm durch“



A. SCHÖTZEL

Bevollmächtigter Mueller-Stöfen (1991)
Wichtiges Amt für den Mann der Cousine

zu retten sind. Eine „besonders aktive Sanierungsbegleitung“ nennen die Treuhändler verschämt die Methode, mit der sie sich an der raschen Abwicklung derzeit unverkäuflicher Firmen vorbeimogeln können.

Nicht mehr als höchstens drei Jahre sollen die Geschäftsführer der fünf MKG, die von Mai 1992 an gegründet werden, für ihre Sanierungsaufgaben in Anspruch nehmen. Danach soll die Zufuhr öffentlicher Mittel endgültig gekappt werden.

Doch am Ende der Frist wird noch einmal um ein Jahr verlängert. Dann – nach Einsatz von insgesamt sechs Milliarden Mark – ist wirklich Schluß. Das Bundesfinanzministerium lehnt eine weitere Verlängerung des MKG-Experiments ab.

Birgit Breuel, die sich nie mit dem Konzept der Sanierung vor der Privatisierung anfreunden konnte, zieht eine insgesamt negative Bilanz der MKG: „Sie waren mit gutem Geld ausgestattet, aber die Bereitschaft zu privatisieren war bei manchen nicht sehr ausgeprägt. Die haben sich in ihrer Situation sehr wohl gefühlt. Es ist eine Verkrustung entstanden, die so nicht angelegt war.“

Den ersten persönlichen Angriffspunkt bietet Birgit Breuel, als sie gleich zu Beginn ihrer Amtszeit als Präsidentin den Mann ihrer Cousine in ein wichtiges Amt beruft. Wolfgang Mueller-Stöfen, Rechtsanwalt aus Hamburg und seit Herbst 1990 als Berater in Berlin, wird der erste Generalbevollmächtigte der Treuhandanstalt.

Der Vertrag ist befristet auf ein Jahr, denn länger will Mueller-Stöfens Sozietät in Hamburg ihren Mann nicht hergeben. Auch Breuel ist nach Ablauf des Jahres nicht traurig, daß ihr General wieder entschwindet, denn ihr ist nicht entgangen, welchen Ruf der Mann genießt. Wer aus der Umgebung Hamburgs schon mal mit dem Privatflieger nach Berlin anreist, weil ihm der Weg von seinem Wohnort draußen an der Elbe zum Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel zu weit ist, gewinnt im Osten keine Freunde, geschweige denn Respekt.

Der Ex-Generalbevollmächtigte macht sich fortan als Liquidator im Osten nützlich. Das bringt noch mehr Geld als die knapp 300 000 Mark Gehalt, die der Treuhand-Bevollmächtigte bezog. Breuel legt Wert auf die Feststellung, daß sie vom Auftrag an Mueller-Stöfen, sich um die Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG (DMS) zu kümmern, erst im nachhinein erfahren hat. Zufällig ist der Hamburger CDU-Mann und Deutschbanker Eckart van Hooven dort Aufsichtsratsvorsitzender. Man kennt sich also.

Mueller-Stöfens Rechnung für die Liquidation der DMS beträgt 5,8 Millionen Mark. Das ist zwar der vierfache Satz des üblichen, aber noch im Rahmen der Legalität. Auf sanften Druck von Birgit Breuel, die juristisch gut beraten ist, wird die Rechnung später auf die Hälfte reduziert. Der zweifache Regelsatz bringt immerhin noch fast drei Millionen Mark Honorar.

Die Hoffnungen der Treuhand-Chefin, durch Außenbüros in Tokio und New York ausländische Investoren anzulocken, erfüllen sich nicht. Später wird Frau Breuel zugeben, daß diese Idee nichts eingebracht und viel gekostet hat. Insgesamt werden kaum 10 Prozent der neuen Eigentümer alter Firmen aus dem Ausland kommen. Sogar nur 5 Prozent der Betriebe werden an die veräußert, die diese Unternehmen einst für Volkseigentum hielten, also an ostdeutsche Investoren. 85 Prozent sichern sich Käufer aus dem Westen Deutschlands.

Insgesamt schließt die Treuhand etwa 38 000 Privatisierungsverträge ab. Nur „in weniger als hundert Fällen ist das Treuhand-Management betrügerischen Manö-



W. V. BRAUCHTISCH

Festredner Kohl beim Start der Opel-Vectra-Produktion in Eisenach (1990): Für die Bonner ist die Treuhand der Blitzableiter

vern aufgefressen“, lobt der spätere Verwaltungsratsvorsitzende Manfred Lennings die Leistung der Treuhändler.

Lennings fügt hinzu: „Das sind ohne Frage hundert Fälle zuviel.“ Aber der erfahrene Industriemanager weiß, daß bei einem so schwierigen, gigantischen Umbau wie der Transformation einer Plan- in eine Marktwirtschaft ein gewisser Bodensatz an Betrugereien unvermeidbar ist. Lennings: „Ich werde eher mißtrauisch, daß es angeblich so wenige sind.“

Mit diesem Mißtrauen steht der frühere Ruhr-Manager nicht allein. Andere Treuhand-Kenner sind überzeugt, daß es weit, weit mehr Schiebereien gegeben hat.

Denn wo liegt die Grenze zwischen Kriminalität und noch erlaubter Schlitzohrigkeit? Je nachdem, wie man diese Grenze definiert, gibt es knapp hundert Fälle von Untreuhändlern in der kurzen, aber ereignisreichen Geschichte der Treuhandanstalt oder weit über tausend.

Die pure Statistik besagt, daß bis Ende 1996 gegen 180 Treuhändler eine Strafanzeige wegen Veruntreuung gestellt wurde, nur 6 sind bislang verurteilt. 1801 Fälle von

Wirtschaftskriminalität im Bereich der Treuhand und 357 Aushöhlungsverfahren zwischen 1991 und 1994 sind registriert. Aber rund 25 000 Verträge, Stand Ende 1996, müssen noch geprüft werden. Die Angaben über die Schäden variieren zwischen 300 Millionen und rund 10 Milliarden Mark.

„Die Kriminalität bei der Treuhand war nicht höher als in irgendeinem Kaufhaus, sowohl von Angestellten als auch von Kunden, sieht man einmal von den naturgemäß höheren Schäden im Einzelfall ab“, so Daniel Noa, einst Leiter der Stabsstelle Recht in der Treuhand. Während im Kaufhaus mal ein Schokoriegel, Schnaps oder Schirm geklaut wird, werden im Warenhaus Ostdeutschland mit Vorliebe Immobilien und andere Millionenwerte beiseite geschafft.

So versucht beispielsweise der Bremer Kaufmann Heinz Krahmer, sich die nordostdeutsche Elbo Bau zu greifen, ein ehemaliges Wohnungsbau-Kombinat in Rostock. Allein die zur Elbo gehörenden Grundstücke sind nach vorsichtigen Schätzungen 1,7 Milliarden Mark wert.

Vom damaligen Bundesverkehrsminister Günther Krause unterstützt, drängt der du-

biose Unternehmensberater aus Bremen auf Übernahme der Baugruppe zu einem Preis von 170 Millionen Mark. Soviel Geld hat Krahmer gar nicht, behauptet aber dreist, 11 000 Arbeitsplätze in den Elbo-Betrieben garantieren zu können.

Die Treuhändler, die Krahmer schon im Sommer 1990 eine Option für Elbo eingeräumt hatten, lassen den Deal schließlich platzen. Aber da hat sich der Bremer in Rostock bereits bedient.

Von 120 Millionen Mark, die von der Treuhand zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs in die Elbo geflossen waren, fehlen nach Untersuchungen des für die Treuhand tätigen Stuttgarter Staatsanwalts Hans Richter mehr als 110 Millionen. 41 Millionen davon hat Krahmers Beraterfirma Karina kassiert, 73 Millionen sind auf Notaranderkonten umgelenkt. Nur 62 Millionen Mark kann sich die Treuhand wiederholen. Die restlichen Gelder sind verloren.

Elbo-Berater Krahmer stirbt angeblich im Januar 1992 nach einer Massage in Singapur. Bremens Finanzsenator Ulrich Nölle ist zwar keineswegs sicher, daß der nach Bremen überführte und dort begrabene Leichnam wirklich der seines Mitbürgers Krahmer ist, aber angesichts der desolaten Finanzlage Bremens scheut Nölle die Kosten für Exhumierung und Untersuchung.

Neben dem eindeutig kriminellen Bereich der Aushöhlung, des Betrugs und der Bilanzfälschung gibt es noch eine riesige Grauzone. In der räumen jene sauberen Herren ab, die normalerweise nie als Beklagte vor Gericht erscheinen müssen – jene fünftklassigen Unternehmensberater, viertklassigen Liquidatoren, drittklassigen Anwälte und zweitklassigen Wirtschaftsprüfer, die alle eines gemeinsam haben: Auch für schlechten Rat und miese Arbeit kassieren sie erstklassige Honorare.

Diese Absahnierer, die sich selbst Patrioten nennen, haben sich strafrechtlich



M. JEHMICHEN / TRANSIT



M. DARCHINGER

Liquidatoren Rechel, Zinsmeister (1992), Kaufmann Krahmer (1991): Tödliche Massage



ACTION PRESS

Treuhand-Präsidentin Breuel*: Schöner Schein der pünktlichen Umwandlung

meist nichts zuschulden kommen lassen. Skrupellos nutzen sie nur die Ahnungslosigkeit ihrer Opfer oder die Kooperationsbereitschaft großzügiger Treuhändler aus. Gegen diese Art von Unmoral gibt es keine Paragraphen.

Die beiden jungen Treuhand-Mitarbeiter Hans-Peter Rechel und Gregor Zinsmeister beispielsweise merken rasch, daß ein selbständiger Liquidator von todgeweihten Treuhand-Firmen sehr viel mehr Geld verdient als die lächerlichen 150 000 Mark Gehalt und 30 000 Mark Bonus, die ein Treuhändler ihres Ranges im Jahr verdient. Der junge Jurist Rechel und der ehemalige Sparkassenangestellte Zinsmeister wechseln daher im Herbst 1992 mit Genehmigung ihrer Treuhand-Chefs ins Lager der freiberuflichen Abwickler von Treuhand-Firmen über.

Wie lukrativ dieser Umstieg ist, wird im Sommer 1994 im Bonner Treuhand-Untersuchungsausschuß deutlich. Da erfahren die staunenden Abgeordneten, daß der frühere kleine Sparkassenmann Zinsmeister von November 1992 bis Mai 1994 insgesamt 10 579 533 Mark Liquidationshonorar einstrich. Rechel brachte es in dieser Zeit auf 8 441 022 Mark Honorar.

Umgerechnet auf Basis der Gebührenordnung würden die Einnahmen der beiden selbst bei einer Siebentagewoche und 16 Stunden Arbeit pro Tag nur in etwa 10 bis 13 Jahren Berufstätigkeit zu erzielen sein. Doch Zinsmeister erklärt vor dem Untersuchungsausschuß knapp und kühl: „Man kann es rechnen.“

Für Bonner Politiker ist die Treuhandanstalt von Anfang an der Blitzableiter,

damit es bloß nie bei ihnen, also in der Wahlurne einschlägt, sondern der Zorn der Ostdeutschen immer eine andere feste Adresse hat. Auch die Ministerpräsidenten der neuen Länder erkennen schnell, wie prima sich die Treuhand als Prügelknabe eignet, wenn von eigenen Fehlern und Versäumnissen abgelenkt werden soll.

Was immer die Treuhand macht, es ist falsch: Erfüllt sie ihren Auftrag, so schnell wie möglich zu privatisieren, verscherbelt sie angeblich Produktivvermögen weit unter Wert. Liquidiert sie Betriebe, steht sie

Die Schuldenmacher

Bilanz der Treuhandanstalt

EINNAHMEN

Erlöse aus dem Verkauf von Unternehmen und Immobilien **68**

Verschuldung (Deckung des Finanzbedarfs durch Ausgabe von Anleihen, Obligationen und anderen Finanzpapieren) **275**

Summe **343**

AUSGABEN

Privatisierungs- und Sanierungskosten **117**

Stillegungskosten **19**

Übernahme von Altschulden der Kombinate **80**

Zinszahlungen **67**

Ökologische Altlasten **44**

Sonstige Ausgaben (Personal, Geschäftsbetrieb, Liegenschaften) **12**

Gesetzliche Regelungen **4**

Summe **343**

MILLIARDEN
MARK

* Am 30. Dezember 1994 beim Abschrauben des Schildes an der Treuhand-Zentrale in Berlin.

als gnadenlose Arbeitsplatzvernichterin da. Versucht sie, mit Hilfgeldern einen für eine Region wichtigen Betrieb vor dem Exitus zu bewahren, wird sie als Geldverschwenderin gescholten, wenn das Unternehmen schließlich doch abgewickelt werden muß.

Scheint aber mal die Sonne bei Grundsteinlegungen oder Eröffnungen neuer Betriebe, drängen sich Politiker in die erste Reihe – dorthin, wo die Fotografen den Aufschwung Ost ablichten wollen. Aus der Bilanz des Treuhand-Vorstands Ende 1994: „Zu politischen Diskussionen hat die Treuhandanstalt geschwiegen, wo sie von der Politik angegriffen wurde, hat sie sich nicht oder kaum geäußert.“ Das ist zwar ehrenwert, fördert aber nicht gerade das öffentliche Ansehen.

Politisch vorgegeben ist auch das Ende der Treuhandanstalt. Schon frühzeitig haben die Regierenden festgelegt, daß die Treuhand ihre Privatisierungsaufgabe bis Ende 1994 zu erfüllen und sich dann aufzulösen hat.

Vergebens plädieren Kenner der ostdeutschen Wirtschaftsszene wie Kanzlerberater Johannes Ludwig und Hamburgs ehemaliger Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi für eine Fortsetzung der Treuhand-Arbeit, als erkennbar wird, daß über 1994 hinaus noch viel zu tun bleibt: Dutzende von Betrieben sind noch nicht privatisiert; die Einhaltung Tausender von Verträgen muß überprüft, gegebenenfalls muß nachverhandelt werden; bereits privatisierte Firmen fallen ins öffentliche Eigentum zurück, wenn der Investor abspringt oder Schmu macht.

Die Bonner bleiben stur. Sie wollen den schönen Schein der pünktlich abgeschlossenen Umwandlung von schwerfälligen Staatsbetrieben in schnittige Privatfirmen wahren und lassen ein Nachfolgeinstitut zimmern, das – anders als die Treuhandanstalt – unter strenger Kontrolle des Bundesfinanzministeriums stehen wird: die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS).

In einem symbolischen Akt schraubt Präsidentin Breuel am 30. Dezember 1994 das Schild ihrer Anstalt an dem riesigen Verwaltungsgebäude in der Leipziger Straße ab, in dem die Treuhand dreieinhalb Jahre lang ihren Hauptsitz hatte und das seit Januar 1992 Detlev-Rohwedder-Haus heißt. Damit die Präsidentin nicht noch zuletzt vor laufenden Fernsehkameras in Schwierigkeiten gerät, haben ihre engsten Mitarbeiter die Befestigungsschrauben des Schildes schon am Tag vor der historischen Tat gelockert.

„Mit unseren Entscheidungen“, resümiert Birgit Breuel, „haben wir intensiv in das Leben vieler Menschen eingegriffen. Wo sollten sie denn hin mit ihrem Zorn und ihrem Haß? Sie konnten nur zu uns gehen, und das ist auch so in Ordnung gewesen.“

ENDE